

Protokoll der Sitzung des Klimaschutzbeirates der Landeshauptstadt Wiesbaden im dritten Quartal 2023 am 07.09.2023

Ort: Hochschule RheinMain, Kurt-Schumacher-Ring 18, 65197 Wiesbaden
Beginn 17:00 Uhr, Ende ca. 19:45 Uhr

Sitzungsleitung: Dr. Martin Lommel

Protokoll: Elisa M. Becker

Teilnehmer*innen:

Dr. Martin Lommel (HSRM)
Elisa M. Becker (HSRM)
Gunnar „Günni“ Kerber (Bündnis Verkehrswende Wiesbaden)
Tobias Schwotzer (BUND)
Thomas Ludwig (ESWE Verkehr)
Thomas Keller (GWW)
Fabian Lauer (IHK Wiesbaden)
Chantal Stamm (Ingenieurkammer Hessen)
Hans-Peter Simon (Handwerkskammer Wiesbaden)
Dirk Vielmeyer (Regionalbündnis Energiewende)
Dr. Wolfgang Steitz (Regionalbündnis Energiewende)
Helmut Dörfer (Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen) online
Umweltamt: Dr. Kristin Barbey, Peter Glasstetter, Beate Brauner,
Dr. Klaus Friedrich
Gäste: Christiane Hinnerger, Achim Lotz, Daniel Winter,
Prof. Axel Bretzke

Verteiler: Mitglieder des Klimaschutzbeirates

Nr.	TOP
I.+ II.	Begrüßung, Feststellung der Tagesordnung
	Begrüßung durch den Vorsitzenden Dr. Martin Lommel zur Sitzung. Die Tagesordnung wird auf Grund von Verspätungen und kurzfristigen Änderungen im Ablauf angepasst; manche Tops müssen auf die Q4-Sitzung verschoben werden (Erläuterung s.u.)
III.	Austausch mit Bürgermeisterin Christiane Hinnerger
	Frau Hinnerger stellt sich und Achim Lotz (Referent für Umwelt und Grünflächen) vor. Das von ihr geführte Dezernat II ist zuständig für Umwelt, Gleichberechtigung, Wirtschaft, Digitalisierung, Tourismus Die Beschäftigung mit dem Umgang mit Klimaschutz und Klimawandel sollte laut Hinnerger Leitmotiv einer Stadtpolitik sein, sie sieht es als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der interdisziplinäre Zusammenarbeit unabdingbar ist. Hinnerger sieht, dass Forderungen aus der Gesellschaft immer lauter werden, ist aber auch der Meinung, dass die Geschwindigkeiten zur Umsetzung Fahrt aufnehmen müssen. Sie dankt dem Beirat für die gute Arbeit und findet den Input wichtig und sinnvoll. Die Positionen des KSB zur Wärmeplanung unterstützt sie und gibt die Rückmeldung, dass die KSB-Positionspapiere in die stadtpolitische Diskussion miteinfließen.

Nr.	TOP
IV.	Stadtplanung - Positionspapier
	<p>Herr Dr. Lommel dankt der Schreibgruppe, die in vielen Terminen das Positionspapier zu Stadtplanung erstellt und die Anmerkungen des Beirates aus der letzten Sitzung miteinfließen lassen hat.</p> <p>Zur Vorbereitung auf diesen Tagesordnungspunkt haben einige Mitglieder Anmerkungen zu bestimmten Formulierungen und Textpassagen hinterlegt. Diese werden einzeln aufgeführt und zur Diskussion sowie teilweise zur Abstimmung gestellt.</p> <p>Nach Durchsprechen der einzelnen Anmerkungen und teils Anpassungen im Sinne der Beiratsmitglieder, werden die einzelnen Absätze zur Freigabe farblich hinterlegt. Der daraus entstandene Text wird vom Beirat einstimmig beschlossen und zur Veröffentlichung freigegeben. Die Redaktion wird im Nachgang noch einmal auf Rechtschreibfehler prüfen und die Formatierung finalisieren.</p>
V.	Mobilität - Input Nahverkehrsplanung
	<p>Dieser Punkt muss aus zeitlichen Gründen leider entfallen und wird auf Q4 verschoben</p>
VI.	Mobilität - Erster Entwurf Positionspapier
	<p>Dieser Punkt wird auf Q4 verschoben.</p> <p>Da der Schreibgruppenprozess sehr schleppend war, wird abgefragt, ob der Beirat die Notwendigkeit für ein Positionspapier zum Thema Mobilität sieht. Die Nachfrage wurde bestätigt, woraus die Bitte entstand, dass sich insbesondere die mobilitätsbezogenen Mitgliedsinstitutionen am Schreibprozess beteiligen. Das Interesse zur Mitwirkung wurde auch von anderen Mitgliedern kundgetan, sodass der nächste Termin zur Schreibgruppe an alle verteilt wird.</p>
VI.	Verschiedenes
	<p>Herr Dr. Lommel informiert über die Nachfolge für ihn und Elisa Becker: Frau Prof. Martina Lohmeier als Mitglied und Robina Aslam-Lanz als Vertretung werden zukünftig den Posten für die Hochschule RheinMain besetzen.</p> <p>Herr Dr. Lommel verabschiedet und bedankt sich für die gute Zusammenarbeit und freut sich, dass ein solcher Beirat dazu beiträgt, die Welt besser zu machen.</p> <p>Dirk Vielmeyer als 2. Vorsitzender verabschiedet Herrn Lommel und drückt die Dankbarkeit aller Mitglieder aus, mit wie viel Humor und Souveränität er das Amt ausgeführt hat. Herr Vielmeyer übergibt symbolisch einen Gutschein für ein noch folgendes Abschiedsgeschenk.</p> <p>Der Leiter des Umweltamtes Dr. Friedrich unterstreicht noch einmal Herr Lommels Gabe unterschiedliche Interessen zusammenzuführen und überreicht ihm Präsente verbunden mit dem Dank für die gute Zusammenarbeit.</p> <p>Herr Dr. Friedrich verabschiedet außerdem Elisa Becker und bedankt sich mit einem Präsent für die gute Zusammenarbeit während der temporären Übernahme der Geschäftsstelle.</p> <p>Herr Glasstetter informiert darüber, dass der Vorsitz in der Q4-Sitzung neu gewählt wird. Interessierte für das Amt des Vorsizes können sich gerne bei proklima melden. Das Umweltamt wird rechtzeitig über die weitere Vorgehensweise und die Kandidierenden informieren.</p>



Dr. Martin Lommel, Vorsitzender des KSB

Elisa M. Becker, Protokollantin

Positionspapier des Klimaschutzbeirates der LH Wiesbaden zur Stadtplanung

Nach Beschluss auf der Beiratssitzung am *07.09.2023*



Der Klimawandel manifestiert sich schneller und drastischer als in den aktuellen wissenschaftlichen Modellen berechnet. Dies erfordert umgehendes Handeln mit wirksamen - auch unkonventionellen - Maßnahmen. Hierfür muss die LH Wiesbaden verbindliche Standards für eine nachhaltige Stadtentwicklung festschreiben.

Der Klimaschutzbeirat der LH Wiesbaden schließt sich grundsätzlich den Forderungen der „Wiesbadener Erklärung zur Stadt von Morgen (AKH) an, welche in einem interdisziplinären Prozess gemeinsam mit verschiedenen Akteur:innen erstellt wurde. Die in Anlehnung an die drei Säulen der nachhaltigen Entwicklung – die ökologische, ökonomische und soziale Ebene – als grüne, produktive und gerechte Stadt dargestellte Vision, fasst der KSB ergänzend durch weitere Forderungen wie folgt zusammen:

- Eine nachhaltige Stadtentwicklung muss ganzheitlich und überregional betrachtet werden; die interdisziplinäre Zusammenarbeit der verschiedenen städtischen Planungsinstanzen unter Einbezug der bürgerschaftlichen und unternehmerischen Interessen ist unabdingbar; Klimaschutz und insbesondere Klimaanpassung müssen hierbei priorisiert behandelt werden.
- Bei der Neufassung oder Änderung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen sowie beim Abschluss von städtebaulichen bzw. Kaufverträgen müssen die Ziele und Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung priorisiert werden. Handlungsspielräume müssen bei der bestehenden Bauleitplanung sowie beim Denkmalschutz rechtskonform ausgeschöpft werden.
- Übergeordnete Vorgaben müssen in einer "Klimaschutzsatzung" vergleichbar der Freiraumsatzung der Stadt Frankfurt festgelegt werden, die dann für das gesamte Stadtgebiet Geltung besitzt und Priorität vor anderen Zielen hat. Die Umsetzung des Konzepts eines qualifizierten Grünflächenfaktors könnte in dieser Satzung einen wichtigen Beitrag leisten.
- Die kommunale Wärmeplanung ist in den Stadtumbau bzw. die Stadtplanung zu integrieren.
- Stadtplanung sollte dem Ansatz Rechnung tragen, einen möglichst großen Teil des Energiebedarfs aus lokalen regenerativen Quellen zu decken und damit auch die Versorgungssicherheit zu erhöhen. Wichtig hierfür ist die Ausweisung von Flächen für erneuerbare Energien, welche frühzeitig (bereits im FNP) erfolgen sollte.
- Innovative Arbeitskonzepte, Mischnutzung und Konversion sollten insbesondere beim Bauen im Bestand priorisiert berücksichtigt und gefördert werden, ein Beispiel hierfür ist der aktuell schließende Kaufhof in der Wiesbadener Innenstadt.
- Bauprojekte ab einem gewissen Umfang müssen nachhaltig realisiert werden; Orientierung bieten die Zertifizierungssysteme für Nachhaltiges Bauen, wie zum Beispiel DGNB (nicht-öffentliche Bauten) und BNB (öffentliche Bauten): gesunde Baustoffe, regenerative Energie,

Grünflächen, Wohnbehaglichkeit, Wassermanagement, Kreislaufwirtschaft etc. Zu beachten ist, dass die nachhaltige Bewertung von bestimmten Wärmeversorgungsstechniken (insbesondere Fernwärme) nicht im Gegensatz zu gesetzlichen Vorgaben stehen sollte

- Hierbei muss die LH Wiesbaden ihrer Vorbildfunktion gerecht werden und eine Vorreiterrolle bei den öffentlichen Bauten einnehmen.
- Die Erkenntnisse aus den in der LH Wiesbaden eingerichteten Experimentierräumen, in denen nachhaltige Spielregeln des Planens und Bauens Anwendung finden, müssen in zukünftige Stadtentwicklungskonzepte einbezogen werden.
- Um dies umsetzen zu können, wird kompetente Beratung durch Koordinator:innen für Nachhaltiges Bauen in den zuständigen Ämtern der Stadtverwaltung und beratenden Institutionen der Stadt (bspw. Klimaschutzagentur) benötigt.

Die verschiedenen Ebenen der Stadt- und Landschaftsplanung haben unterschiedliche Wirkungszeiten, sie können daher weniger einen Beitrag zur kurzfristigen Erreichbarkeit der Klimaschutzziele, sondern eher einen Beitrag zur Klima-Resilienz der Stadt leisten.

- Die Leitlinien der Stadtplanung müssen sich vom Leitbild der „Funktionstrennung und der autogerechten Stadt“ zur „Stadt der kurzen Wege“ entwickeln. Auswirkungen der Mobilitätswende (öffentlicher Personen- und nichtmotorisierter Verkehr (Umweltverbund) versus individuellen Autoverkehr) sind bei der Stadtplanung zu berücksichtigen.
- Straßenraum ist auch Stadtraum und sollte qualifiziert werden (shared spaces, Begrünung, Steigerung der Aufenthaltsqualität etc.)
- Konsequenter Schutz, Schaffung und Weiterentwicklung von Grünflächen:
- Durch Entsiegelung und den großen Einsatz von Gebäudebegrünung (Fassaden, Dächer, städtische Infrastruktur etc.). Stadtbäume sollten nur in Ausnahmefällen gefällt werden, Neuanpflanzungen müssen an den Klimawandel angepasst sein
- Immer häufiger auftretende Starkregenereignisse erfordern Vorgaben zum Regenwassermanagement und einen konsequenten Grund-/Trinkwasserschutz. Sparsamer Umgang mit Trinkwasser (Zisternen, Brauchwasser für WC und Gartenbewässerung) und eine Reaktivierung der Trinkwassergewinnung aus Rheinuferfiltrat sind hier wirksame Maßnahmen.
- Klimaschutzzonen mit hohem Grünflächenanteil, Gewässerstrukturen sowie Klimaschutzbäume können zunehmendem Hitzestress entgegenwirken.

Der Klimaschutzbeirat unterstreicht mit diesem Positionspapier die Dringlichkeit der Integration von Klimaschutz und Klimaanpassungsmaßnahmen in die Stadtentwicklung. Gerade die aktuelle politische Befassung öffnet ein Möglichkeitsfenster; der KSB empfiehlt dringend, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden auch dies bei ihrem transdisziplinären Ansatz zur Erreichung der Klimaschutzziele berücksichtigt.

Klimaschutzbeirat 07.09.2023

Klima-News aus dem Umweltamt

■ Klimaschutz

- Stand und Planung Kommunale Wärmeplanung
- PV - Übersicht - Belegung der eigenen Gebäude

■ Klimaanpassung

- Stand und Planung Hitzeaktionsplan

■ Übergeordnetes / Organisatorisches

- Lenkungsreis Klimaschutz-Management-System
Neustrukturierung

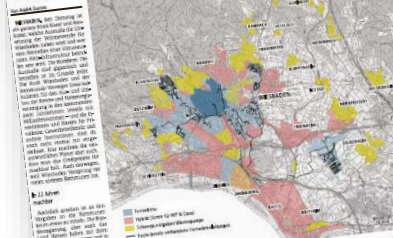


Klima-News aus dem Umweltamt

Klimaschutz: Stand und Planung Kommunale Wärmeplanung

So soll in der Zukunft geheizt werden

Warnung zeigt auf, was passieren muss, damit die Wärmeverzorgung in Wiesbaden klimaneutral funktioniert



Wiesbaden, der Rhein- und Main-Region, ist ein Zentrum der Wärmeverzorgung. Die Stadt hat eine Fläche von 150 Quadratkilometern und eine Bevölkerung von 270.000 Einwohnern. Die Wärmeverzorgung ist ein zentraler Bestandteil der Stadtinfrastruktur. Die Kernzone ist das Zentrum der Stadt, das von der Wärmeverzorgung versorgt wird. Die Kernzone-Äußerer Ring ist der Bereich um die Kernzone herum, der ebenfalls von der Wärmeverzorgung versorgt wird. Die Kernzone-Äußerer Ring ist der Bereich um die Kernzone herum, der ebenfalls von der Wärmeverzorgung versorgt wird.

SCHWELPUNKT
Die Kernzone ist das Zentrum der Stadt, das von der Wärmeverzorgung versorgt wird. Die Kernzone-Äußerer Ring ist der Bereich um die Kernzone herum, der ebenfalls von der Wärmeverzorgung versorgt wird. Die Kernzone-Äußerer Ring ist der Bereich um die Kernzone herum, der ebenfalls von der Wärmeverzorgung versorgt wird.

Volldampf für die Wende

Umweltamt und Eswe Versorgung legen 2026 den Wärmeplan vor / Fernwärme wird gestärkt

VON MADELEINE RECKMANN

Nach Ansicht von Jörg Höhler ist Wiesbaden gut vorbereitet auf die Wärmewende. Die Stadt baut seit 1966 am Fernwärmenetz. „Wir haben einen Plan, der trägt bis zur Umsetzung der vollständigen Dekarbonisierung bis 2045“, sagt das Vorstandsmittel des kommunalen Versorgers Eswe zaversichtlich im Umweltausschuss der Stadt. Höhler ist auch ein Mann der klaren Worte. Der Umbau funktioniert nur unter einer Bedingung: „Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein.“

Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein. Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein. Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein.

Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein. Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein. Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein.

Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein. Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein. Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein.

Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein. Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein. Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein.

Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein. Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein. Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein.

Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein. Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein. Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein.

Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein. Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein. Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein.

Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein. Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein. Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein.

Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein. Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein. Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein.

Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein. Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein. Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein.

Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein. Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein. Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein.

Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein. Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein. Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein.

Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein. Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein. Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein.

Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein. Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein. Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein.

Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein. Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein. Das Projekt der Wärmewende muss klimaneutral sein.

BÜRGERINFORMATION

Der kommunale Wärmeplan soll 2026 fertig sein. Um der Bevölkerung die Gründe zu erklären, wird ein Informationsabend am 15. März um 19 Uhr im Rathaus 15 bis 30 Millionen Euro. Wer im Fernwärmegebiet liegt muss seine Wohnung anschließen lassen. Der „Anschlusszwang“ ist in der Satzung festgelegt. Friedrich geht davon aus, dass die meisten Menschen von ihrer Vorteile gerne auf Fernwärme zurückgreifen. Voraussetzung sei jedoch, dass Gebäude energetisch gedämmt seien. So lasse sich ein Drittel der Gesamtergie einsparen.

Auf den Wohnstätten muss eine Energieberatung folgen. Die Energieberatung ist ein Angebot der Stadt. Die Energieberatung ist ein Angebot der Stadt. Die Energieberatung ist ein Angebot der Stadt.

Die Energieberatung ist ein Angebot der Stadt. Die Energieberatung ist ein Angebot der Stadt. Die Energieberatung ist ein Angebot der Stadt.

Die Energieberatung ist ein Angebot der Stadt. Die Energieberatung ist ein Angebot der Stadt. Die Energieberatung ist ein Angebot der Stadt.

Die Energieberatung ist ein Angebot der Stadt. Die Energieberatung ist ein Angebot der Stadt. Die Energieberatung ist ein Angebot der Stadt.

Die Energieberatung ist ein Angebot der Stadt. Die Energieberatung ist ein Angebot der Stadt. Die Energieberatung ist ein Angebot der Stadt.

Die Energieberatung ist ein Angebot der Stadt. Die Energieberatung ist ein Angebot der Stadt. Die Energieberatung ist ein Angebot der Stadt.

Die Energieberatung ist ein Angebot der Stadt. Die Energieberatung ist ein Angebot der Stadt. Die Energieberatung ist ein Angebot der Stadt.

der Bahnhof und der Rheinstraßen werden Arbeiter gerade Roden. Weitere Ausbaugelände sind definiert. Pro Jahr kostet der Ausbau 15 bis 30 Millionen Euro. Wer im Fernwärmegebiet liegt muss seine Wohnung anschließen lassen. Der „Anschlusszwang“ ist in der Satzung festgelegt. Friedrich geht davon aus, dass die meisten Menschen von ihrer Vorteile gerne auf Fernwärme zurückgreifen. Voraussetzung sei jedoch, dass Gebäude energetisch gedämmt seien. So lasse sich ein Drittel der Gesamtergie einsparen.

Auf den Wohnstätten muss eine Energieberatung folgen. Die Energieberatung ist ein Angebot der Stadt. Die Energieberatung ist ein Angebot der Stadt. Die Energieberatung ist ein Angebot der Stadt.

Die Energieberatung ist ein Angebot der Stadt. Die Energieberatung ist ein Angebot der Stadt. Die Energieberatung ist ein Angebot der Stadt.

Die Energieberatung ist ein Angebot der Stadt. Die Energieberatung ist ein Angebot der Stadt. Die Energieberatung ist ein Angebot der Stadt.

Die Energieberatung ist ein Angebot der Stadt. Die Energieberatung ist ein Angebot der Stadt. Die Energieberatung ist ein Angebot der Stadt.

Die Energieberatung ist ein Angebot der Stadt. Die Energieberatung ist ein Angebot der Stadt. Die Energieberatung ist ein Angebot der Stadt.

Die Energieberatung ist ein Angebot der Stadt. Die Energieberatung ist ein Angebot der Stadt. Die Energieberatung ist ein Angebot der Stadt.

Die Energieberatung ist ein Angebot der Stadt. Die Energieberatung ist ein Angebot der Stadt. Die Energieberatung ist ein Angebot der Stadt.

Fernwärme statt Gas in der Stadtmitte

Ralf Cohs von Eswe Versorgung plädiert für eine entsprechende Satzung und beschleunigte Genehmigungsverfahren

Von Madeleine Jung

Wiesbaden. Wie kann die Wärmewende in der Innenstadt gelöst werden? Ralf Cohs von der Eswe Versorgung AG: Strategische Ziele seien zudem die Umverteilung der Energieerzeugung, um die Erreichung der Klimaziele zu unterstützen. Die Energieerzeugung soll in der Innenstadt konzentriert werden. Zudem solle man mit einer Fernwärmeplanung, die durch das Umweltamt unterstützt wird, aber erst im Oktober Mitte befreit. Die Energieerzeugung soll in der Innenstadt konzentriert werden. Zudem solle man mit einer Fernwärmeplanung, die durch das Umweltamt unterstützt wird, aber erst im Oktober Mitte befreit.

Die Energieerzeugung soll in der Innenstadt konzentriert werden. Zudem solle man mit einer Fernwärmeplanung, die durch das Umweltamt unterstützt wird, aber erst im Oktober Mitte befreit.

Die Energieerzeugung soll in der Innenstadt konzentriert werden. Zudem solle man mit einer Fernwärmeplanung, die durch das Umweltamt unterstützt wird, aber erst im Oktober Mitte befreit.

Die Energieerzeugung soll in der Innenstadt konzentriert werden. Zudem solle man mit einer Fernwärmeplanung, die durch das Umweltamt unterstützt wird, aber erst im Oktober Mitte befreit.

Die Energieerzeugung soll in der Innenstadt konzentriert werden. Zudem solle man mit einer Fernwärmeplanung, die durch das Umweltamt unterstützt wird, aber erst im Oktober Mitte befreit.

Die Energieerzeugung soll in der Innenstadt konzentriert werden. Zudem solle man mit einer Fernwärmeplanung, die durch das Umweltamt unterstützt wird, aber erst im Oktober Mitte befreit.

Die Energieerzeugung soll in der Innenstadt konzentriert werden. Zudem solle man mit einer Fernwärmeplanung, die durch das Umweltamt unterstützt wird, aber erst im Oktober Mitte befreit.

Die Energieerzeugung soll in der Innenstadt konzentriert werden. Zudem solle man mit einer Fernwärmeplanung, die durch das Umweltamt unterstützt wird, aber erst im Oktober Mitte befreit.

Die Energieerzeugung soll in der Innenstadt konzentriert werden. Zudem solle man mit einer Fernwärmeplanung, die durch das Umweltamt unterstützt wird, aber erst im Oktober Mitte befreit.

Die Energieerzeugung soll in der Innenstadt konzentriert werden. Zudem solle man mit einer Fernwärmeplanung, die durch das Umweltamt unterstützt wird, aber erst im Oktober Mitte befreit.

Strom zu ersetzen, werde allein beim Wärmeheld mindestens eine Verdopplung der elektrischen Energie nötig, wenn man die Effizienz von Wärmepumpen in der Kälteerzeugung berücksichtige. „Das ist nicht lösbar“, sagt Cohs. Deshalb sei er überzeugt, dass im Stadtzentrum in Wiesbaden eine Verengung mit Fernwärme geben müsse, die deren Anteil bei der Auslastung zu erhöhen. Die Nachfrage sei zu gering für den Bau von zwei Jahren aus energetischen Maßnahmen begründet werde. „Wir werden angestrebt wird, was die Anzeigefähigkeit von Fernwärme zu erhöhen. Die Nachfrage sei zu gering für den Bau von zwei Jahren aus energetischen Maßnahmen begründet werde.“

Die Nachfrage sei zu gering für den Bau von zwei Jahren aus energetischen Maßnahmen begründet werde. „Wir werden angestrebt wird, was die Anzeigefähigkeit von Fernwärme zu erhöhen. Die Nachfrage sei zu gering für den Bau von zwei Jahren aus energetischen Maßnahmen begründet werde.“

Die Nachfrage sei zu gering für den Bau von zwei Jahren aus energetischen Maßnahmen begründet werde. „Wir werden angestrebt wird, was die Anzeigefähigkeit von Fernwärme zu erhöhen. Die Nachfrage sei zu gering für den Bau von zwei Jahren aus energetischen Maßnahmen begründet werde.“

Die Nachfrage sei zu gering für den Bau von zwei Jahren aus energetischen Maßnahmen begründet werde. „Wir werden angestrebt wird, was die Anzeigefähigkeit von Fernwärme zu erhöhen. Die Nachfrage sei zu gering für den Bau von zwei Jahren aus energetischen Maßnahmen begründet werde.“

Die Nachfrage sei zu gering für den Bau von zwei Jahren aus energetischen Maßnahmen begründet werde. „Wir werden angestrebt wird, was die Anzeigefähigkeit von Fernwärme zu erhöhen. Die Nachfrage sei zu gering für den Bau von zwei Jahren aus energetischen Maßnahmen begründet werde.“

Die Nachfrage sei zu gering für den Bau von zwei Jahren aus energetischen Maßnahmen begründet werde. „Wir werden angestrebt wird, was die Anzeigefähigkeit von Fernwärme zu erhöhen. Die Nachfrage sei zu gering für den Bau von zwei Jahren aus energetischen Maßnahmen begründet werde.“

Die Nachfrage sei zu gering für den Bau von zwei Jahren aus energetischen Maßnahmen begründet werde. „Wir werden angestrebt wird, was die Anzeigefähigkeit von Fernwärme zu erhöhen. Die Nachfrage sei zu gering für den Bau von zwei Jahren aus energetischen Maßnahmen begründet werde.“

Die Nachfrage sei zu gering für den Bau von zwei Jahren aus energetischen Maßnahmen begründet werde. „Wir werden angestrebt wird, was die Anzeigefähigkeit von Fernwärme zu erhöhen. Die Nachfrage sei zu gering für den Bau von zwei Jahren aus energetischen Maßnahmen begründet werde.“

Die Nachfrage sei zu gering für den Bau von zwei Jahren aus energetischen Maßnahmen begründet werde. „Wir werden angestrebt wird, was die Anzeigefähigkeit von Fernwärme zu erhöhen. Die Nachfrage sei zu gering für den Bau von zwei Jahren aus energetischen Maßnahmen begründet werde.“

Die Nachfrage sei zu gering für den Bau von zwei Jahren aus energetischen Maßnahmen begründet werde. „Wir werden angestrebt wird, was die Anzeigefähigkeit von Fernwärme zu erhöhen. Die Nachfrage sei zu gering für den Bau von zwei Jahren aus energetischen Maßnahmen begründet werde.“

Zum ersten Zeitpunkt werde das Stromnetz in Wiesbaden ein Höchstmaß von 150 Megawatt Leistung auf. Das Gasnetz könne Höchstleistung von 100 Megawatt. Im Gas durch

Das Gas durch

Das Gas durch

Das Gas durch

Das Gas durch

Das Gas durch

Das Gas durch

Das Gas durch

Das Gas durch

Das Gas durch

zentrum in Wiesbaden eine Verengung mit Fernwärme geben müsse, die deren Anteil bei der Auslastung zu erhöhen. Die Nachfrage sei zu gering für den Bau von zwei Jahren aus energetischen Maßnahmen begründet werde. „Wir werden angestrebt wird, was die Anzeigefähigkeit von Fernwärme zu erhöhen. Die Nachfrage sei zu gering für den Bau von zwei Jahren aus energetischen Maßnahmen begründet werde.“

Die Nachfrage sei zu gering für den Bau von zwei Jahren aus energetischen Maßnahmen begründet werde. „Wir werden angestrebt wird, was die Anzeigefähigkeit von Fernwärme zu erhöhen. Die Nachfrage sei zu gering für den Bau von zwei Jahren aus energetischen Maßnahmen begründet werde.“

Die Nachfrage sei zu gering für den Bau von zwei Jahren aus energetischen Maßnahmen begründet werde. „Wir werden angestrebt wird, was die Anzeigefähigkeit von Fernwärme zu erhöhen. Die Nachfrage sei zu gering für den Bau von zwei Jahren aus energetischen Maßnahmen begründet werde.“

Die Nachfrage sei zu gering für den Bau von zwei Jahren aus energetischen Maßnahmen begründet werde. „Wir werden angestrebt wird, was die Anzeigefähigkeit von Fernwärme zu erhöhen. Die Nachfrage sei zu gering für den Bau von zwei Jahren aus energetischen Maßnahmen begründet werde.“

Die Nachfrage sei zu gering für den Bau von zwei Jahren aus energetischen Maßnahmen begründet werde. „Wir werden angestrebt wird, was die Anzeigefähigkeit von Fernwärme zu erhöhen. Die Nachfrage sei zu gering für den Bau von zwei Jahren aus energetischen Maßnahmen begründet werde.“

Die Nachfrage sei zu gering für den Bau von zwei Jahren aus energetischen Maßnahmen begründet werde. „Wir werden angestrebt wird, was die Anzeigefähigkeit von Fernwärme zu erhöhen. Die Nachfrage sei zu gering für den Bau von zwei Jahren aus energetischen Maßnahmen begründet werde.“

Die Nachfrage sei zu gering für den Bau von zwei Jahren aus energetischen Maßnahmen begründet werde. „Wir werden angestrebt wird, was die Anzeigefähigkeit von Fernwärme zu erhöhen. Die Nachfrage sei zu gering für den Bau von zwei Jahren aus energetischen Maßnahmen begründet werde.“

Die Nachfrage sei zu gering für den Bau von zwei Jahren aus energetischen Maßnahmen begründet werde. „Wir werden angestrebt wird, was die Anzeigefähigkeit von Fernwärme zu erhöhen. Die Nachfrage sei zu gering für den Bau von zwei Jahren aus energetischen Maßnahmen begründet werde.“

Die Nachfrage sei zu gering für den Bau von zwei Jahren aus energetischen Maßnahmen begründet werde. „Wir werden angestrebt wird, was die Anzeigefähigkeit von Fernwärme zu erhöhen. Die Nachfrage sei zu gering für den Bau von zwei Jahren aus energetischen Maßnahmen begründet werde.“

Die Nachfrage sei zu gering für den Bau von zwei Jahren aus energetischen Maßnahmen begründet werde. „Wir werden angestrebt wird, was die Anzeigefähigkeit von Fernwärme zu erhöhen. Die Nachfrage sei zu gering für den Bau von zwei Jahren aus energetischen Maßnahmen begründet werde.“



Im Rathaus wurde jüngst eine Fernwärme-Ärztin installiert. Architekt: Sascha Kopp

- Strategische Wärmeplanung ist veröffentlicht: [Startseite](#) • [ProKlima Wiesbaden](#) ([proklima-wiesbaden.de](#))
- Terminplanung für erste Beteiligungsrunden der Kommunalen Wärmeplanung in Erarbeitung

Klima-News aus dem Umweltamt

Klimaschutz: Übersicht PV auf städtischen Liegenschaften

- **52 PV-Anlagen** sind bislang auf Liegenschaften des Stadtverbundes in unterschiedlichen Betreiberkonstellationen errichtet worden
- **16 weitere Anlagen** sind im Bau, **4 weitere** in Planung, insg.:
 - Schulen: 35
 - Kita: 3
 - Turnhallen: 12
 - Verwaltungs-/ Funktionsgebäude: 20
 - Wohngebäude: 1
 - PV-Freifläche: 1
- Mit den in Bau befindlichen und geplanten Anlagen werden insgesamt **5,2 MWp** installiert sein (aktuell 4,2 MWp von 40,5 MWp in WI am Netz)
- Stromertrag: ca. 4,8 Mio. kWh/a und Einsparung von fast 2.585 t CO₂/a



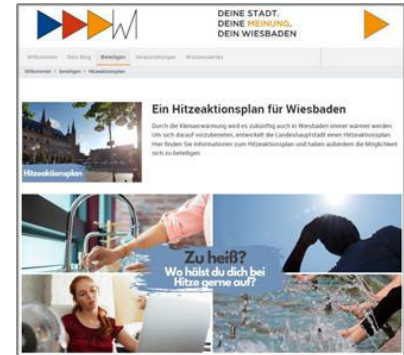
Klima-News aus dem Umweltamt

Klimaanpassung: Stand und Planung Hitzeaktionsplan

- Zeitplan: Vorstellung Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie Dez. 2023, Veröffentlichung Frühjahr 2024

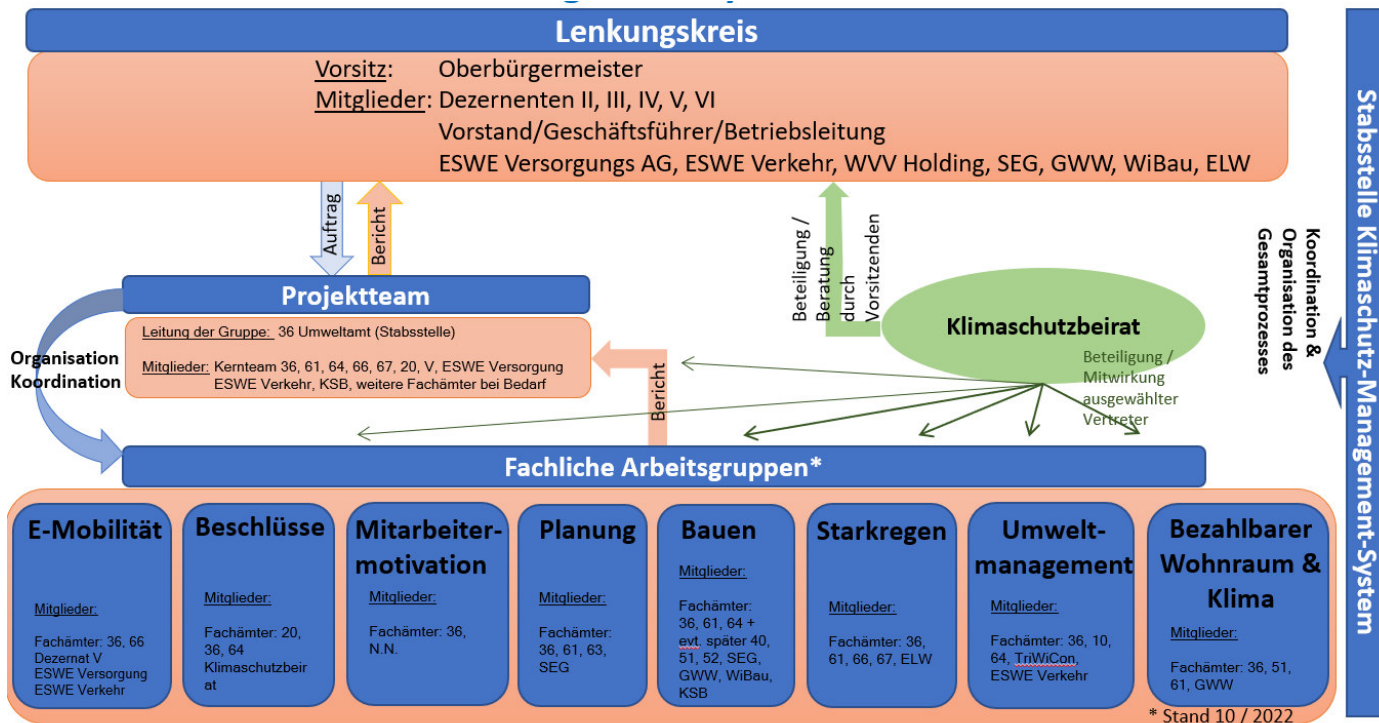
Inhalte im Entwurf (Auswahl):

- Konkrete Maßnahmen für **hitzevulnerable Gruppen** (Babys u. Kleinkinder, Kindergartenkinder, Obdachlose, Bewohner/-innen von Geflüchtetenunterkünften, Senior/-innen)
- **Informationen** für die Allgemeinbevölkerung **zur Sensibilisierung** (Gesundheitstipps, Hitzewarnungen bspw. auf digitalen Verkehrszeichen)
- **Beteiligungsmöglichkeit** mittels interaktiver Karte zu „kühlen Oasen und heißen Hotspots“ im Sommer 2023 (abgeschlossen)



Klima-News aus dem Umweltamt

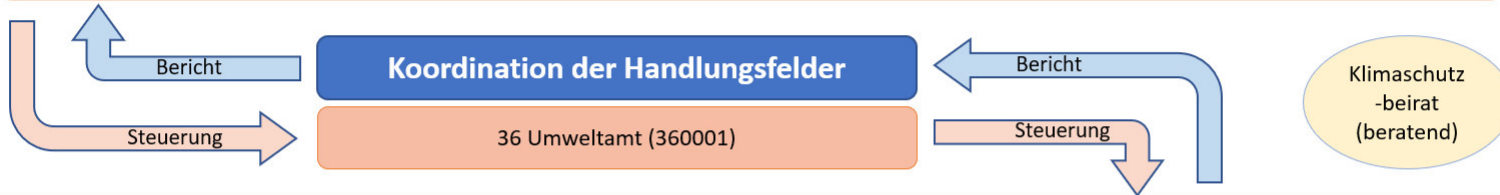
Organisatorisches: Neustrukturierung des Klimaschutz-Management-Systems



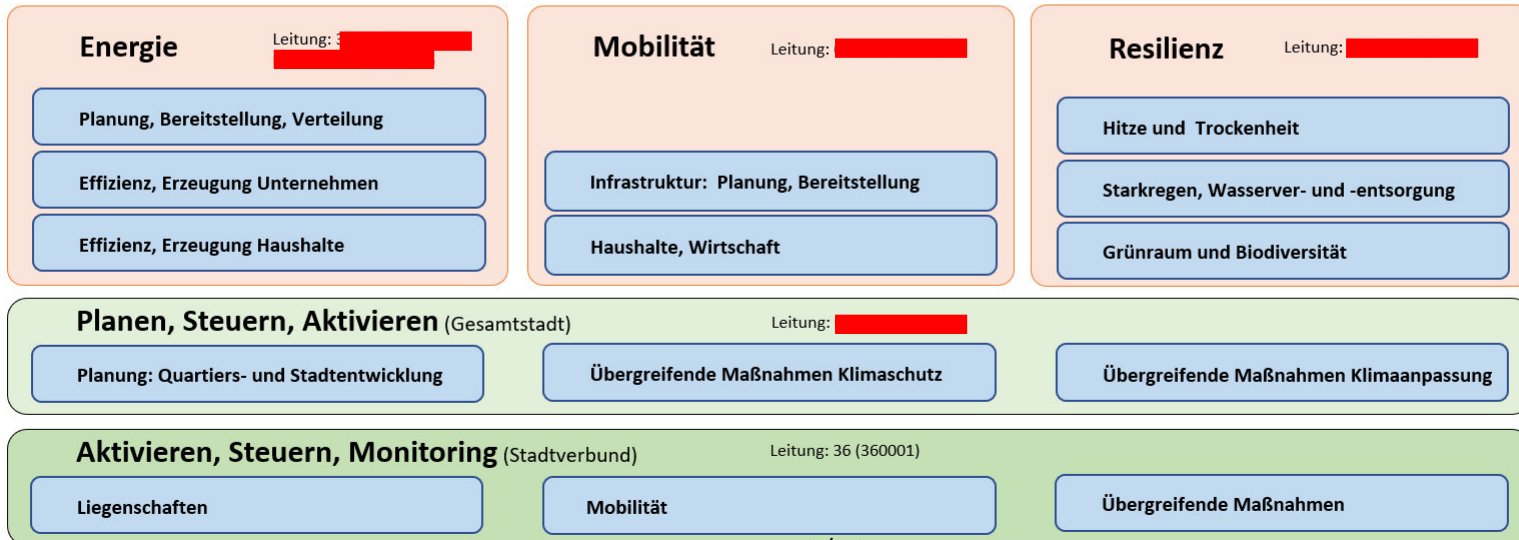
Lenkungsreis Klimaschutz und Klimaanpassung

Vorsitz: Oberbürgermeister
Mitglieder: Dezenten II, III, IV, V, VI, VII
Vorstand/Geschäftsführer/Betriebsleitung (ESWE Versorgungs AG,
ESWE Verkehr, WVV Holding, GWW, SEG, WiBau, GWI, ELW, mattiaqua)

ENTWURF



Thematische Handlungsfelder, Querschnittshandlungsfelder und Zuständigkeiten*



Koordination des Gesamtprozesses

Stabsstelle 360001